

Stand: 23.02.2026 01:18:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22048

"Den Landkreisen sozialen Wohnungsbau ermöglichen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22048 vom 30.03.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23257 des BV vom 17.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23440 vom 30.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 30.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Den Landkreisen sozialen Wohnungsbau ermöglichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Entwurf zur Änderung der Landkreisordnung (LKrO) sowie des Wohnraumförderungsgesetzes (BayWoFG) und anderer Rechtsvorschriften vorzulegen, der den Landkreisen eine klare Berechtigung zur Betätigung im sozialen Wohnungsbau einräumt.

Begründung:

Nach Art. 106 der Verfassung des Freistaates Bayern haben der Freistaat und die Gemeinden den Auftrag, auf eine Versorgung aller Bewohnerinnen und Bewohner Bayerns mit angemessenem Wohnraum hinzuwirken. Zudem fällt der Wohnungsbau nach Art. 7 Abs. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit Art. 83 Abs. 1 der Verfassung in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden. Im BayWoFG wird Gemeinden und Gemeindeverbänden ausdrücklich die Möglichkeit der Wohnraumförderung aus eigenen Mitteln eingeräumt. Aufgrund beschränkter finanzieller Möglichkeiten oder anderer Hindernisse können Gemeinden dem Auftrag, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, oftmals nicht hinreichend nachkommen. Landkreise haben keine originäre Zuständigkeit im Bereich der Wohnraumversorgung und -förderung. Zwar räumt Art. 69 Abs. 2 LKrO Ausnahmen bei der Vermietung von Gebäuden zur Sicherung preiswerten Wohnens ein. Eigenes Engagement beim sozialen Wohnungsbau ist für die Landkreise hingegen nicht vorgesehen. Art. 52 LKrO erweist sich in der Praxis als großes Hindernis, um die Gemeinden beim Wohnungsbau zu unterstützen, zumal hierfür eine Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des jeweiligen Kreistags erforderlich ist. Außerdem können Landkreise bisher nur vom Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) Gebrauch machen, wenn der Wohnraum für Bedienstete bestimmt ist. Damit auch Landkreise ohne historisch bedingte Strukturen Aufgaben im Wohnungsbau übernehmen und darüber hinaus auch Fördermittel vollumfänglich ausschöpfen können, ist es erforderlich, den sozialen Wohnungsbau als Betätigungsmöglichkeit klar gesetzlich zu verankern. Die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage der Gegenwart. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, braucht es Engagement auf allen Ebenen. Den Gemeinden werden dadurch keine Aufgaben im Bereich des Wohnungsbaus entzogen. Stattdessen sollen die Landkreise befähigt werden, bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum selbst eine aktive Rolle einnehmen zu können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/22048**

Den Landkreisen sozialen Wohnungsbau ermöglichen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Sozialer Wohnungsbau in unseren Landkreisen!“
2. Der Antragstext wird wie folgt gefasst:
„Die Staatsregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten, unter welchen Voraussetzungen nach derzeit geltendem Recht der Landkreisordnung (LKrO) sowie des Wohnraumförderungsgesetzes (BayWoFG) und anderer Rechtsvorschriften geförderter Wohnungsbau durch die Landkreise realisiert werden kann.“

Berichterstatter: **Jürgen Mistol**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/22048, 18/23257

Sozialer Wohnungsbau in unseren Landkreisen

Die Staatsregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten, unter welchen Voraussetzungen nach derzeit geltendem Recht der Landkreisordnung (LKrO) sowie des Wohnraumförderungsgesetzes (BayWoFG) und anderer Rechtsvorschriften geförderter Wohnungsbau durch die Landkreise realisiert werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP und AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Schutz von Kindern vor unsicherem Spielzeug und Stärkung
des Binnenmarkts – Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie

02.03.2022 - 25.05.2022

Drs. 18/21986, 18/23373

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23373
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Internationaler Güter- und Personenverkehr –
Steigerung des Anteils des Schienenverkehrs
30.03.2022 - 22.06.2022
Drs. 18/22740, 18/23371

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23371
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen (Bewertung)
26.04.2022 - 19.07.2022
Drs. 18/22848, 18/23372

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23372
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke;
COM(2022) 216 final
BR-Drs. 267/22
Drs. 18/23305, 18/23362

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Förderung eines Modellprojekts für Car-Sharing-Angebote in ländlichen Regionen
Drs. 18/4399, 18/23252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung III – Musterbauordnung
Drs. 18/19878, 18/22446 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Initiative Berufsschullehrkräfte –
Unterricht für die Fachkräfte von morgen sichern
Drs. 18/22215, 18/23280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schule trifft Wirtschaft – Berufsorientierung muss selbstverständlicher
Bestandteil des Unterrichts werden
Drs. 18/22217, 18/23281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Interreligiösen Dialog fördern und gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken – Runden Tisch der Religions- und
Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einrichten
Drs. 18/22224, 18/23282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Spielräume aus Corona-Fonds der EU für Stärkung der Grenzregionen einsetzen
Drs. 18/22376, 18/23231 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch mit pflegenden Angehörigen
Drs. 18/22380, 18/23247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahme von Arztpraxen durch Investoren
Drs. 18/22382, 18/23249 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Profilschulen Informatik endlich in der Schullandschaft verankern
Drs. 18/22460, 18/23283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauengesundheit berücksichtigen und verbessern I:
Erstellung eines Gesundheitsberichts
Drs. 18/22463, 18/23250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ENTH					

30. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Christoph Skutella u.a. und Fraktion (FDP)
Reaktionszeit erhöhen –
Coronawarnsystem durch Abwasseranalysen etablieren
Drs. 18/22472, 18/23175 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzinger u.a. CSU
Praktikable Lösungen bei der Nutzung von ukrainischen Führerscheinen
Drs. 18/22473, 18/23222 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>				

